

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 88 846-48 pbbn d

Inhalt

Hans-Jürgen Augstein MdB
spricht sich für eine
"Internationalisierung"
des Wahlrechts aus.
Seite 1

Werner Buchstaller MdB
erläutert Chancen und
Risiken der Rüstungsbe-
grenzung.
Seite 2/3

Erwin Horn MdB fordert
eine Neubelebung des Kon-
zepts der Inneren Führung.
Seite 4/5

Fritz Gerstl MdB kündigt
weitere soziale Verbesse-
rungen für die Soldaten
an.
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godtsberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 99

25. Mai 1979

Das Wahlrecht kann nicht mehr länger verweigert werden

Der 10. Juni wäre Anlaß für eine europäische Initiative
Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Seit vielen Jahren wird immer wieder die Forderung erhoben, den Gastarbeitern, die eine bestimmte Zeit lang in unserem Land gelebt und gearbeitet haben, möge das Wahlrecht zuerkannt werden. Entsprechende Parteitagebeschlüsse, die in modifizierter Weise dieses berechnete Verlangen formulierten, sind kaum noch zu zählen. Doch geschehen ist nahezu nichts. Wenn am 10. Juni die Europäer ihr erstes direkt gewähltes Parlament bestimmen, können Ausländer aus einem EG-Partnerland in ihrem Gastland nicht zur Wahl gehen; sie müssen - sofern dies überhaupt möglich ist - briefwählen, in das Heimatland reisen oder sie bleiben ausgeschlossen.

An keinem Beispiel wird es deutlicher, wie widersinnig die Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet des Wahlrechts noch sind. Sie liegen weit hinter den Realitäten der europäischen Integration zurück. Der 10. Juni als historischer Tag für Europa sollte Anlaß genug sein, eine kraftvolle Initiative zu gunsten eines geänderten europäischen Wahlrechts zu starten.

Dabei wird man gewiß zu unterscheiden haben zwischen einem Wahlrecht, das Bürgern der Europäischen Gemeinschaft in ihren jeweiligen Aufenthaltsländern zu gewähren ist, und einem Wahlrecht für Gastarbeiter von jenseits der EG-Grenzen.

Gerade hier hat es in letzter Zeit verschiedene Anstöße gegeben. Fast fünf Jahre nach der All. kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD, die das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene fordert, gibt es in verschiedenen Städten ganz konkrete Vorstöße. Wenigstens hierfür existieren bereits ausländische Vorbilder: In den Niederlanden bei den Nachbarschaftsräten, in Großbritannien für Iren und Personen aus dem Commonwealth, im schweizerischen Kanton Genéveburg sowie in Schweden. Erfahrungen gerade mit dem letzten Beispiel werden als "außerordentlich positiv" bewertet.

In diesem Frühjahr war die Problematik des Wahlrechts für ausländische Arbeitnehmer Gegenstand von Beratungen zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und dem DGB. Dabei war man sich darin einig, daß eine Lösung nur im Rahmen einer einheitlichen Regelung für die EG möglich sein kann. Das ist gewiß richtig. Nur, irgend jemand muß die Initiative dazu ergreifen. Der Bundesrepublik, die wie kein anderes Land der Gemeinschaft großen Nutzen aus der Tätigkeit von Gastarbeitern ziehen könnte, stünde eine solche Initiative gut an. Der Europa-Wahlkampf wäre der geeignete Rahmen. (-/25.5.1979/h/10)

Verteidigung und Entspannung

Chancen und Risiken einer Politik der Rüstungsbegrenzung

Von Werner Buchstaller MdB

stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Verteidigungsausschusses

Auf der Sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion in Bremen hat Alfons Pawelczyk die wichtigsten Punkte Sozialdemokratischer Verteidigungs- und Entspannungspolitik in den Mittelpunkt seines Referates gestellt:

1. Zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff gehören Verteidigungsbereitschaft ebenso wie eine konsequente Entspannungspolitik und der ständige Versuch, auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu dringend notwendigen konkreten Maßnahmen zu kommen.
2. Trotz Vorbehalten gegenüber Einzelheiten volle Unterstützung für die Ratifizierung von SALT II. Das Scheitern von SALT II hätte unabsehbare Folgerungen für die weltweiten Entspannungsbemühungen.
3. Mit den Ostverträgen, den MBFR-Verhandlungen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa KSZE wurden die Voraussetzungen zur Sicherung des Friedens geschaffen.
4. Der Frieden in Europa war noch nie so gesichert wie zur Zeit. Entspannungserfolge in Europa sind darüber hinaus ein erster Schritt zur Ausdehnung der Entspannung auch auf andere Regionen.
5. So sehr es zu begrüßen ist, daß sich die Volksrepublik China um einen Abbau ihrer bisherigen Isolation in der Weltpolitik bemüht, so unmißverständlich ist andererseits deutlich zu machen, daß damit keine Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion verbunden werden darf.
6. Der Weg für weitere Entspannungserfolge und zur Sicherung des Friedens ist eine lebensnotwendige und ständige Aufgabe, die nur durch mehr Vertrauen zwischen den Völkern gelöst werden kann.
7. Unter diese Prämisse muß auch die Diskussion um das sowjetische Mittelstreckenpotential (SS 20) gestellt werden. Gleiches mit gleichem zu vergelten, ist hier wenig hilfreich. Es müssen alternative Möglichkeiten der Antwort geprüft werden.
8. Bei den Bemühungen um eine solche Antwort darf selbstverständlich der Hinweis von Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß die Parität im nuklear-strategischen Bereich gegebenenfalls die Disparität auf dem Gebiet atomarer Mittelstreckenraketen so vergrößern könne, daß sie wegen des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West vom Westen nicht mehr hingenommen werden könne, nicht außer Acht gelassen werden.
9. Die Sicherung des Friedens hängt entscheidend davon ab, daß durch Gespräche, Verhandlungen und Verträge eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen wird, die es nicht mehr zuläßt, jeweils der anderen Seite zu unterstellen, einen alles zerstörenden Krieg auszulösen.



10. Letztlich gehört zu einer ständigen Friedenssicherung auch, daß die sozialen Dimensionen des Nord-Süd-Konflikts von allen Industrienationen in einer Form gelöst werden, daß nicht ständig neue militärische Krisenherde eine umfassende Kriegsgefahr heraufbeschwören.

Eine Kontinuität der Entwicklung läßt sich aufzeigen:

- o Vor elf Jahren, 1968, haben sich unter dem amerikanischen Präsidenten Johnson die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion mit anderen Ländern zusammengetan und den Nichtweiterverbreitungsvertrag (Kernwaffensperrvertrag) unterzeichnet.
- o 1972 hat unter Präsident Nixon das SALT I-Abkommen die ersten vereinbarten Grenzen für die Zahl der Offensivwaffen gesetzt.
- o Präsident Ford hat diesen Prozeß in Helsinki und Wladiwostok fortgesetzt.

Drei amerikanische Präsidenten haben mehr als sechs Jahre darauf verwandt, den nächsten Schritt in diesem Prozeß zu erreichen - das SALT II-Abkommen.

Das bedeutet, daß in vielen Jahren die offizielle amerikanische Politik die Sowjetunion als glaubwürdigen Partner für Verträge zur Sicherung des Friedens anerkannt hat. Warum eigentlich will diesen Tatbestand die Opposition in Deutschland nicht zur Kenntnis nehmen?

Über MBFR verhandeln wir jetzt mehr als fünf Jahre. Und die CDU/CSU schreit nach dieser Zeit schon lauthals, die Entspannungspolitik sei gescheitert. Wer das tut, will in Wirklichkeit keine Entspannung.

Eine zweite Bemerkung: Politiker - nicht Waffen entscheiden über Krieg und Frieden. Waffen können, sowohl offensiv als auch defensiv angewandt werden. Die Anwendungsform von Waffen ausschließlich von der Politik bestimmt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was die Opposition und ein Teil derer, die maßgebend die öffentliche Meinung beeinflussen, für Schlagworte geprägt hätten, wenn Herbert Wehner das gesagt hätte, was der amerikanische Verteidigungsminister Brown bei der Einbringung des Verteidigungsetats wörtlich so formulierte:

"Wenn es zu großen militärischen Konfrontationen kommen könnte, dann würden sie wahrscheinlich ebenso aus Instabilität im Osten wie im Westen entstehen können. Eine verzweifelte Sowjetunion könnte ein noch größeres Problem sein als eine, die sich vertrauensvoll aggressiv gibt...."
(-/25.5.1979/h1/ca)

+ + +



Soldat in der Demokratie

Politische Bildung, Innere Führung, Tradition

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß

In der jüngsten Sicherheitspolitischen Informationstagung der SPD-Bundestagsfraktion in Bremen wurde in lebhafter und engagiert geführter Diskussion über Soldat in der Demokratie, Politische Bildung, Innere Führung und Tradition eine breite Zustimmung im Grundsätzlichen erreicht und besonders begrüßt,

- daß die Sicherheitspolitische Kommission beim Parteivorstand der SPD diese Themen aufgegriffen und damit dem zentralen Stellenwert der Inneren Führung, politischen Bildung und Tradition für die Entwicklung der Streitkräfte herausgestellt hat;
- daß die allgemeinen Aussagen des Beschlußpapiers keiner Revision bedürften, allerdings Einzelprobleme stärker akzentuiert und konkretisiert werden müßten;
- daß die gegenwärtigen Entwicklungen in den angesprochenen Problemfeldern nicht immer in der wünschenswerten Aktualität ihren Niederschlag im Beschlußpapier gefunden hätten und das Papier in einigen Punkten hinter der laufenden Entwicklung zurückgeblieben sei.

Kritisch vermerkt wurde in diesem Zusammenhang, daß die mahnenden Ausführungen von Graf Baudissin, die jüngsten Feststellungen der Jugendoffiziere, die aktuellen Probleme an der Führungsakademie der Bundeswehr und die Feststellungen im Jahresbericht des Wehrbeauftragten keinen hinreichenden Niederschlag gefunden haben.

Zur Inneren Führung in der Bundeswehr wurde Bedauern laut, daß im Bereich der Inneren Führung nicht der Durchbruch erreicht worden sei, den man nach zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung habe erwarten können. Die zunehmende Bürokratie erstickte die Innere Führung; die Zentralisierung und der Perfektionsdrang in der Bundeswehr lähme die Initiative und beeinträchtige das Verantwortungsbewußtsein. In Sinne der Borkumer Rede des Verteidigungsministers Apel forderten die Teilnehmer Dezentralisierung und verstärkte Delegation von Verantwortung. Innere Führung habe vom mündigen Bürger auszugehen und setze somit auch Vertrauen in den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit der Untergebenen voraus.

Um der Inneren Führung neue Impulse zu geben, sei eine Analyse der Schwachstellen der Inneren Führung notwendig und die Erarbeitung eines durchsetzungsfähigen Konzeptes erforderlich. Innere Führung ist die Forderung an den Vorgesetzten; sie hat auf allen Ebenen der Hierarchie zu gelten. Deshalb wurde auch gefordert, den Parteitagebeschuß von 1975 zu erfüllen, der Mitwirkung und Mitbestimmung in den Streitkräften zum Inhalt hat. Diesem Zweck könnten Modellversuche dienen, die den Grundsatz von Befehl und Gehorsam nicht infrage stellen. Die Durchsetzung dieses Prinzips allein genügt heute jedoch nicht mehr. Bereits heute wird in gut geführten Einheiten die Mitwirkung vollzogen.

Bezeichnend war, daß sowohl Vertreter der ÖTV als auch des Bundeswehrverbandes eine Ausweitung des Personalvertretungsgesetzes forderten. Dem Vertrauensmann sollte als Bindeglied zwischen Soldaten und Kompaniechef mehr Rechte gegeben werden. Als erster Schritt wurde vorgeschlagen, daß der Vertrauensmann unmittelbares Vortragsrecht beim Bataillonskommandeur haben sollte. Weiterhin wurde die Freistellung der Personalräte gefordert. Eine systematische Schulung für Dienststellenleiter, Personalratsmitglieder und Vertrauensleute wurde als notwendig erachtet.

Anerkennend wurde festgestellt, daß die Soldaten der Bundeswehr leistungswillig und leistungsfähig und daß in den letzten zehn Jahren erhebliche Fortschritte in ein-



zernen Bereichen der Inneren Führung zu verzeichnen seien. Weiterhin wurde positiv festgestellt, daß die politische Leitung - und hier besonders Staatssekretär von Bülow - neue Impulse gegeben haben, deren erste Ergebnisse abzusehen sind.

Der Traditionspflege der Bundeswehr wurde von vielen Diskussionsteilnehmern ein besonderes Gewicht beigemessen. Dabei bezogen sich einige Diskussionsbeiträge auf die Ausführungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden Hans Koschnick, daß die Benennung vieler Kasernen, Geschwader und Schiffe nicht von Sozialdemokraten politisch zu verantworten sei. Dies bedarf der kritischen Überprüfung. Wir haben noch Lettow-Vorbeck-Kasernen und Lütjens-Zerstörer. Sieben Soldaten der Bundeswehr gaben bei der Flutkatastrophe ihr Leben, als sie in Lebensgefahr geratene Bürger retten wollten. Sie blieben bis heute namenlos; ebenso wie einige Luftwaffenpiloten, die ihr Leben opferten, um ihre abstürzende Maschine über eine bedrohte Ortschaft hinwegzubringen. Es ist an der Zeit, daß die seit nunmehr 23 Jahren bestehende Bundeswehr sich auf ihre eigene Tradition besinnt. Tradition und Vorbilder der Bundeswehr müssen einen klaren Bezug zu den Werten unserer Demokratie haben.

Die stärkste Kritik konzentrierte sich auf den Bereich der politischen Bildung in der Bundeswehr. Hier wurden viele Einzelmängel dargestellt, wie die Durchführung der politischen Bildung am Freitagnachmittag, die unzureichende Ausbildung der Ausbilder und die zugerhörige Stundenzahl. Herausgestellt wurde allerdings auch, daß die Bundeswehr nicht all das nachholen könne, was Elternhaus, Schule und Gesellschaft vorher versäumt hätten. Die politische Leitung wurde aufgefordert, der politischen Bildung einen höheren Stellenwert zu geben.

Trotz kritischer Einzelwürdigungen war jedoch die übereinstimmende Meinung, daß mit der Neuordnung der Bildung und Ausbildung der Streitkräfte ein enormer Schritt nach vorne getan worden ist. In den letzten zehn Jahren habe sich unter den drei sozialdemokratischen Verteidigungsministern eine positive Entwicklung vollzogen, so daß die Bundeswehr damit den Anschluß an bereits vollzogene internationale Entwicklungen gefunden hat. Um die Bundeswehr auch in Zukunft auf der Höhe der Zeit zu halten, gelte es jedoch, die begonnenen Reformen auf diesem Gebiet fortzuschreiben. Für die Hochschulen der Bundeswehr heißt dies, unter anderem den zügigen Ausbau der erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Anteile an den Fachstudiengängen sicherzustellen und ihre Öffnung für zivile Studenten - unter Beibehaltung des bestehenden Konzepts - zu überprüfen.

Herausgestellt wurde in der Diskussion die zentrale Bedeutung der Fortbildungsstufe C für die Aus- und Weiterbildung der Stabsoffiziere als der höchsten militärischen Führungskräfte der achtziger und neunziger Jahre. Deshalb kommt dieser Ausbildungsstätte eine besondere militärische und politische Bedeutung zu. Das Anspruchsniveau der Ausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr darf nicht hinter der akademischen Ausbildung an den Hochschulen der Streitkräfte zurückbleiben.

Die SPD-Mitglieder des Verteidigungsausschusses wurden aufgefordert, sich auf der Grundlage der beiden Entschließungsanträge von 1973 und 1975 für die Verwirklichung der Neuordnung der Fortbildungsstufe C einzusetzen und die politische Leitung bei den anstehenden Entscheidungen tatkräftig zu unterstützen.

Kritisch ist anzumerken, daß die Ausbildung der Unteroffiziere in der Diskussion nur geringen Raum fand. Die Leistungen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen auf diesem Gebiet sind unbestritten; dennoch stünde es der SPD gut an, sich den in diesem Bereich noch bestehenden Problemen in Zukunft unaufgefordert und mit Nachdruck zuzuwenden. Die sicherheitspolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand wird die vorgetragenen Argumente in das vorliegende Beschlußpapier zum Zwecke der Präzisierung und Ergänzung einarbeiten.

(-/25.5.1979/ks/bgy/lo)



Die soziale Lage in den Streitkräften

Möglichkeiten und Grenzen sozialer Maßnahmen

Von Fritz Gerstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Im Vordergrund der sozialen Probleme bei der Bundeswehr stehen gegenwärtig:

- der Dienstzeitausgleich,
- die Zulagenhöhe,
- die Erhöhung des Stellenanteils der Hauptfeldweibel nach A 9,
- Fragen des Soldatenversorgungsgesetzes,
- Probleme aus dem sozialen Umfeld,
- sowie die Schwierigkeiten der Wiedereingliederung von Zeitsoldaten in das Berufsleben.

Während der Sicherheitspolitischen Informationstagung in Bremen wurde jedoch auch auf soziale Probleme der zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr hingewiesen.

Nach einer Phase verstärkter Anstrengungen im Ausrüstungs- und Bewaffnungsbereich muß nunmehr wieder die sozialen Belange der Soldaten und zivilen Mitarbeiter im Vordergrund stehen.

Ein erster Schwerpunkt der Diskussion war die Dienstzeitbelastung. Dabei wurde herausgestellt, daß eine finanzielle Abgeltung zwar als Fortschritt zu begrüßen ist, jedoch das Problem allein nicht lösen kann. Auch wenn die jetzt angestrebte Regelung, die rund 150 Millionen DM erfordert, durchgesetzt ist, müssen wir uns bemühen, wo immer dies nur möglich ist, durch organisatorische Maßnahmen eine vertretbare Dienstzeitbelastung zu erreichen. Deutlich traten jedoch auch die Grenzen dieser Bemühungen, die durch den nach oben hin festgelegten Organisationsumfang der Bundeswehr bedingt sind.

Im Zusammenhang mit dem Dienstzeitausgleich würden auch die vielfältigen Probleme des Zulagenwesens erörtert. Bekanntlich hat sich ein Unterausschuß des Verteidigungsausschusses intensiv mit diesem Problemkreis befaßt. Nachdem der abschließende Bericht vorliegt, sind im Rahmen der Haushaltsberatungen 1980 erste Lösungen zu erwarten.

Die nachhaltig geforderte Regelung der Anhebung des A 9-Stellen-Anteils für Hauptfeldweibel, von jetzt 15 auf künftig 30 Prozent, wurde unterstützt. Diese Regelung erscheint vor allem im Hinblick auf die Stellenausstattung von Polizei und Bundesgrenzschutz, aber auch im Hinblick auf die erst kürzlich vom Parlament beschlossene Polizeizulage in Höhe von 225 DM besonders dringlich. Die Erhöhung des A 9-Anteils ist eine verdiente Anerkennung der Leistung der Unteroffiziere.

Als anstrebenswert gilt auch, den SaZ 3 und 4 in das Leistungssystem des Arbeitsförderungsgesetzes einzubeziehen. Es geht insbesondere darum, daß dieser Personenkreis bei seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr gegen Arbeitslosigkeit versichert ist und an Um- und Schulungsmaßnahmen beteiligt werden kann.

Anerkennung fand die inzwischen vollzogene organisatorische Neuordnung des Sozialbereiches im Ministerium und bei den Wehrbereichsverwaltungen. Natürlich kommt es nicht in erster Linie darauf an, eine neue formale Organisation zu schaffen, sondern entscheidend ist, daß künftig für den Sozialberater und den Sozialarbeiter eine Plattform ge-



schaffen wird, die es ihm ermöglicht, seine wichtigen Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können.

In diesem Zusammenhang sind auch die Probleme des sozialen Umfelds zu nennen. Dazu gehört das Freizeitangebot in den Kasernen, natürlich die Betreuungseinrichtungen, nicht zuletzt die Kantinenfrage, aber auch die schwierigen Probleme der Wohnungsfürsorge, die Versetzungshäufigkeit der Soldaten und die Probleme der Trennungsgeldregelung. Der Wehrpflichtige muß die Möglichkeit haben, nach Dienstschuß das Freizeitangebot seiner Standortgemeinde zu nutzen. Die kostenlose Nutzung der Verkehrsmittel gilt deshalb als wünschenswert. Ein Problem ist auch die Bewirtschaftung von Mannschafts- und Unteroffiziersheimen zum Wochenende und an Feiertagen.

Sichtbar ist die Problematik der freien Heilfürsorge für Berufs- und Zeitsoldaten. Die kurzfristige Verwendung von Sanitäts-Offizieren, insbesondere wehrpflichtiger Truppenärzte, bedeutet für den längerdienenden Soldaten einen häufigen Wechsel des ihn betreuenden Arztes. Dies läßt die Forderung aufkommen, daß auch der längerdienende Soldat einen Arzt seiner Wahl in Anspruch nehmen kann.

Im Zusammenhang mit der ärztlichen Betreuung wurde auch das von Sozialdemokraten durchgesetzte Arbeitssicherheitsgesetz angesprochen. In den kommenden Jahren werden wir verstärkt darauf zu achten haben, daß bei allen Überlegungen die Gesundheit des Soldaten im Vordergrund stehen.

Auf die Berufszufriedenheit der längerdienenden Soldaten wirkt sich zunehmend das Problem des Beförderungs- und Verwendungsstaus aus. Hier muß eine Lösung gefunden werden. Der Verteidigungsausschuß hat sich bereits mehrfach mit dieser Problematik befaßt. Eine Lösung wird erhebliche finanzielle Mittel erfordern. Im übrigen besteht diese Problematik nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich, aber auch in der Wirtschaft. Der Hauptleistestau hemmt auch die erwünschte Durchlässigkeit der Offiziere des militärfachlichen Dienstes in die Laufbahn der Truppenoffiziere. Mißstimmung bereitet zudem die unterschiedliche Ausstattung der verschiedenen Verwendungs- und Ausbildungsreihen mit Beförderungsstellen. Unzufriedenheit entsteht auch bei der Entscheidung über Versetzungen. Hier wurde mehr Transparenz durch die Intensivierung von frühzeitigen Personalgesprächen gefordert.

Mehrfach wurde auch eine Ausdehnung des Mitwirkungsrecht angesprochen. Insbesondere bei den Soldaten wurde die bisherige Situation als unbefriedigend dargestellt. Deshalb wurde eine Übertragung des Personalvertretungsgesetzes auf Einzelbereiche des militärischen Dienstes gefordert. Schon jetzt müsse jeder militärische Vorgesetzte mit den Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes vertraut sein.

Zwei weitere Probleme müssen noch herausgestellt werden:

- die soziale Situation der Wehrpflichtigen ebenso wie
- die soziale Lage der Arbeiter.

Es ist sicherzustellen, daß auch der Wehrpflichtige, der schon durch seinen Dienst in der Bundeswehr ein besonderes Opfer bringt, einen angemessenen Wehrsold erhält. Wir haben 1978 zuletzt den Wehrsold erhöht. Ich denke, daß über dieses Problem im Rahmen der kommenden Haushaltsverhandlungen erneut zu sprechen sein wird. Die Arbeitsplätze der zivilen Mitarbeiter müssen in allen Fällen den Bestimmungen der Arbeitsstättenverordnung entsprechen.

Das Gefühl für soziale Gerechtigkeit wird zum Beispiel auch beeinträchtigt durch unterschiedliche Bestimmungen über die Abgeltung von besonderen Leistungen für Soldaten, Arbeiter, Angestellte und Beamte zum Beispiel bei Reisekosten, Sonderurlaub und Zulagen. Eine Lösung würde in weiten Bereichen durch ein einheitliches Dienstrecht erreicht werden.

Die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion wird bemüht sein, die in der Diskussion aufgetretenen vielfältigen Probleme einer Lösung zuzuführen. Dies wird nicht von heute auf morgen möglich sein.

(-/25.5.1979/ks/10)

